Gemeinsamer Flächennutzungsplan
Städteregion Ruhr

Niederschrift

über die 15. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr (Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)

am Freitag, 29. August 2025, 13:00 Uhr – 14.15 Uhr
Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen

Anwesende

Mitglieder:	Fabian Krömling	Stadt Bochum, GRÜNE
	Guntmar Kipphardt	Stadt Essen, CDU
	Sven-Martin Köhler	Stadt Essen, CDU
	Philipp Rosenau	Stadt Essen, SPD
	Christoph Kerscht	Stadt Essen, GRÜNE
	Nils-Peder Dobratz	Stadt Gelsenkirchen, CDU
	Burkhardt Wüllscheidt	Stadt Gelsenkirchen, GRÜNE
	Thomas Grohé	Stadt Gelsenkirchen, Linke
	Barbara Merten	Stadt Herne, CDU
	Pascal Krüger	Stadt Herne, GRÜNE
	Petra Sigrid Seidemann-Matschulla	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
	Axel Hercher	Stadt Mülheim an der Ruhr, GRÜNE
	Johann Licker	Stadt Mülheim an der Ruhr, AfD
	Frank Bandel	Stadt Oberhausen, CDU
	Holger Ingendoh	Stadt Oberhausen, CDU
	Silke Wilts	Stadt Oberhausen, SPD
Verwaltung:	Dr. Markus Bradtke	Stadt Bochum, Dezernent
	Dr. Thomas Palotz	Stadt Oberhausen, Dezernent
	Andreas Müller	Stadt Essen, Amtsleitung
	Andreas Borchardt	Stadt Bochum
Schriftführerin:	Birgit Mollen	Stadt Essen
Es fehlten entschuldigt:	Martin Harter	Stadt Essen, Dezernent
	Christoph Heidenreich	Stadt Gelsenkirchen, Dezernent
	Stefan Thabe	Stadt Herne, Dezernent
	Felix Blasch	Stadt Mülheim an der Ruhr, Dezernent
	Alfred Guth	Stadt Bochum, SPD

Heike Kretschmer	Stadt Essen, LINKE
Oliver Willems	Stadt Mülheim an der Ruhr, SPD
Christina Küsters	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU

TOP	Beratungsgegenstände	Vorlagen Nummer
A) <u>Öffentlicher Teil</u>		
1.	Begrüßung und Abstimmung der Tagesordnung	
2.	Genehmigung der Niederschrift der 14. Sitzung	
3.	Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 65 OB Grünzug Neue Mitte in Oberhausen *Referent: Dezernent der Stadt Oberhausen*	001
4.	Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 67 BO Wilhelm-Leithe-Weg Nord in Bochum *Referent: Dezernent der Stadt Bochum*	002
5.	Berichtsvorlage zur Verfahrensbeschleunigung von GFNP-Änderungsverfahren / Aussprache zum vbA GFNP *Referent: Dezernent der Stadt Bochum*	003
6.	Berichtsvorlage zur 3. Änderung des LEP NRW: Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr *Referent: A. Borchardt, Stadt Bochum*	004
7.	Mitteilung der Verwaltung • Rechtswirksamkeit von Änderungsverfahren (Mitteilung): 55 BO (Dietrich-Benking-Straße) 49 MH (Energiepark Styrumer Bogen) *Referent: Dezernent der Stadt Bochum*	
8.	Anfragen	
B) <u>Nicht öffentlicher Teil</u>		
	./.	

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kipphardt, eröffnet um 13:05 Uhr die 15. Sitzung des vbA zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen. Er stellt fest, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung form- und fristgerecht übersandt wurde.

1. Abstimmung der Tagesordnung

Es gibt keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

2. Genehmigung der Niederschrift der 14. Sitzung

Herr Kipphardt führt aus, dass es zu der Niederschrift keine Anmerkungen gibt. Die Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

3. Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 65 OB Grünzug Neue Mitte in Oberhausen 001

Referent: Dezernent der Stadt Oberhausen

Herr Kipphardt begrüßt erstmalig Herrn Dr. Palotz (Stadt Oberhausen) im verfahrensbegleitenden Ausschuss GFNP.

Herr Dr. Palotz (Stadt Oberhausen) erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 65 OB (Grünzug Neue Mitte), für das der Aufstellungsbeschluss angestrebt wird.
Der Änderungsbereich umfasst ca. 65 ha. Es handelt sich um die Fläche des ehemaligen Stahlwerksgeländes Ost. Auf der Fläche sollen neben einer bedeutenden Grünfläche neue Wohnquartiere entwickelt werden. Im Vorfeld der GFNP Änderung wurde ein Rahmenplan aufgestellt und ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Mit dieser Änderung sollen der Erhalt der Grünfläche und die Realisierung eines entsprechenden Wohnraumangebotes sichergestellt werden. Es handelt sich um eine wohnbauliche Entwicklung in urbaner Lage mit entsprechenden Rad-, und Fußwegeverbindungen.
Aktuell handelt es sich um eine Mischbaufläche, die in Teilen für Wohnen zurückgenommen werden soll. Damit soll die deutliche Haltung der Stadt für Grün als verbindendes Element sichtbar werden. Dieses spiegelt sich auch in der Flächenbilanz wieder. Die Neue Mitte soll ein erlebbares Quartier werden.
Die Aufstellungsbeschlüsse sollen im 3./4. Quartal 2025, die frühzeitige Beteiligung inkl. Scoping im 1. Quartal 2026 erfolgen, die förmliche Beteiligung ist für das 1. Quartal 2027 vorgesehen. Die Zustimmung des Ministeriums wird für 2028 angestrebt.

Herr Kipphardt weist noch einmal auf die besonders schöne grüne Planung hin und erteilt den anwesenden Fraktionen das Wort.

Herr Grohé, DIE LINKE (Gelsenkirchen) erklärt, dass er bei den Oberhausener Kollegen in Erfahrung gebracht habe, dass es in Oberhausen sehr hohe Wohnungsleerstände in Höhe von 4000 Wohneinheiten gäbe. Er fragt nach, ob auch wieder 4000 neue Wohnungen geschaffen werden und ob dieser Neubau den Leerstand ersetzen soll bzw. parallel ein entsprechendes Sanierungskonzept erarbeitet wird. Gibt es aktive Überlegungen bzw. ein städtisches Programm den Leerstand zu beheben?

Herr Grohè erläutert ergänzend, dass in Gelsenkirchen mit dem Programm Zukunftspartnerschaft, ein Förderprogramm des Landes zum Ankauf von Schrottimmobilien, positive Erfahrungen gesammelt wurden.

Herr Dr. Palotz (Stadt Oberhausen) erläutert, dass die Situation in Oberhausen nicht mit der in Gelsenkirchen, wo der Ankauf von Schrottimmobilien über ein Förderproramm des Landes empfohlen wird, vergleichbar sei. Die großen Leerstände in Oberhausen seien auf das Alter der Gebäude zurückzuführen, diese seien nicht mehr marktfähig. Das Thema Wohnraumförderung habe in Oberhausen eine große Bedeutung, es gibt ein Baulückenprogramm und Reinvestitionen.

Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:

Der <Rat/Ausschuss> der Stadt <Name> beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung der Änderung 65 OB Grünzug Neue Mitte in Oberhausen zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP) und die Einleitung des entsprechenden Planverfahrens.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE sowie Herr Licker (AfD) stimmen für den Beschlussvorschlag.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

4. Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 67 BO Wilhelm-Leithe-Weg Nord in Bochum **002**
Referent: Dezernent der Stadt Bochum

Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum) erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 67 BO (Wilhelm-Leithe-Weg Nord), für das der Aufstellungsbeschluss angestrebt wird. Das Verfahren befindet sich am Anfang. Der ca. 2,9 ha große Änderungsbereich liegt im Stadtteil Wattenscheid. Geplant sind etwa 900 Wohneinheiten. Derzeit wird die Fläche nahezu vollständig ackerbaulich genutzt. Zukünftig soll hier Wohnungsbau realisiert werden. Die Stadt konnte nachträglich noch ein Grundstück erwerben, das nun in die Planung mit einbezogen werden kann. Der Änderungsbereich ist Teil des Gesamtentwicklungsprozesses zur Zukunftssicherung Wattenscheids und soll die hohe Nachfrage nach hochwertigem Wohnraum decken. Die bisherige Darstellung einer gewerblich/gemischten Baufläche ist insofern in Wohnbaufläche zu ändern. Das zugrundeliegende städtebauliche Konzept sieht Geschosswohnungsbau mit mind. 40 % sozialem Wohnungsbauanteil vor. Die gesamte Planung ist mit dem RVR abgestimmt. Parallel wird bereits das Bebauungsplanverfahren durchgeführt.

Die Aufstellungsbeschlüsse sollen im 3./4. Quartal 2025, die frühzeitige Beteiligung inkl. Scoping im 4. Quartal 2025 erfolgen, die förmliche Beteiligung ist für das 3. Quartal 2026 vorgesehen.

Es gibt hierzu keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der <Rat/Ausschuss> der Stadt <Name> beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung der Änderung 67 BO Wilhelm-Leithe-Weg Nord zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP) und die Einleitung des entsprechenden Planverfahrens.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE sowie Herr Licker (AfD) stimmen für den Beschlussvorschlag.

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

5. Berichtsvorlage zur Verfahrensbeschleunigung von GFNP-Änderungsverfahren Aussprache zum vbA **003**

Referent: Herr Dr. Bradtke, Stadt Bochum

Herr Kipphardt fragt einleitend nach, inwieweit sich die Fraktionen zu dem Thema „Verfahrensbeschleunigung von GFNP-Änderungsverfahren Gedanken gemacht haben?
Seines Wissens nach seien die großen Fraktionen bereits im Gespräch.

Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum) erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Anlass und die bisherige Beratung.

Die Verfahrensdauer von GFNP-Änderungsverfahren ist vergleichsweise lang. Mit der Überleitung des RFNP zum GFNP entfielen bereits die Verfahrensvorgaben für Regionalpläne. In der überwiegenden Anzahl der Kommunen erfolgt die Beschlussfassung der Aufstellungs- und Beteiligungsbeschlüsse bereits durch den Fachausschuss und nicht mehr durch den Rat. Bereits in der Sitzung des vba GFNP am 21.06.2024 wurde die Frage nach weiteren Beschleunigungsmöglichkeiten aufgeworfen. Ansatzpunkt für eine weitere Beschleunigung wäre, die Aufstellungs- und Beteiligungsbeschlüsse nur noch in den jeweiligen Belegenheitskommunen zu fassen. Die Feststellungsbeschlüsse sind durch gleichlautende Ratsbeschlüsse aller am GFNP beteiligten Städte laut BauGB erforderlich. Darüber hinaus wurde der zukünftige Umgang mit dem Planwerk GFNP thematisiert.

Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum): Die Verwaltung spricht sich für eine Beibehaltung des GFNP aus. Die Verwaltung ist auch von einer Beibehaltung des vbA GFNP ausgegangen. Die meisten hier besprochenen Planungen haben allerdings lediglich kommunale Bedeutung. Trotz kritischer Rückfragen habe es in der Vergangenheit keine Fälle, in denen an GFNP-Änderungen außerhalb der Belegenheitskommune Anstoß genommen wurde, gegeben.

Herr Köhler, CDU (Essen): Seine Fraktion hat sich Gedanken darüber gemacht, was das Gremium vbA für die politische Arbeit leistet. In der Regel „mische sich“ in diesem Ausschuss keiner in die kommunalen Belange anderer Kommunen ein, es erfolgt vielmehr eine Kenntnisname.
Vor diesem Hintergrund stellt er für seine Fraktion den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen für die nächste Sitzung des vbA GFNP nach der Kommunalwahl zwei Szenarien zu entwickeln:
1. Abschaffung / Einstellung des Gremiums vbA GFNP
2. Anreicherung und strukturelle Neuaufsetzung des Gremiums

Silke Wilts, SPD (Oberhausen) unterstützt die Ausführungen ihres Vorredners für ihre Fraktion. Außerdem sei die kommunale Selbstverwaltung wichtig, auch eine Form der Entbürokratisierung und Beschleunigung des Verfahrens durch den Verzicht auf Beschlüsse wird begrüßt. Wichtig sei aber auch zukünftig der interkommunale Austausch.

Herr Krömling, Grüne (Bochum) unterstützt den Vorschlag auf einleitende Beschlüsse zu verzichten und sich auf eine Mitteilungsvorlage zu verständigen. Er bittet zu prüfen, inwieweit die Termine des vba GFNP an die Termine des Planungsausschusses beim RVR angegliedert werden können.

Herr Grohé, DIE LINKE (Gelsenkirchen): Für die Fraktion DIE LINKE unterstützt er den Verzicht auf den Aufstellungsbeschluss und plädiert für eine Einspeisung erst mit dem Beteiligungsbeschluss, damit würde der vbA quasi Träger öffentlicher / regionaler Belange.

Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum) weist darauf hin, dass eine Neuaufstellung des GFNP nicht mehr im Maßstab 1:50.000 erfolgen würde. Auch bedingt durch einen Maßstabswechsel würde eine Neuaufstellung eine tiefe Auseinandersetzung z.B. mit Fragen der Siedlungsentwicklung erfordern und in hohem Maße Ressourcen binden.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kipphardt bittet darum, den Antrag um die Perspektive zu ergänzen, wann der Flächennutzungsplan (FNP) neu aufgestellt werden soll. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Aufstellung eines neuen FNP viele Jahre Vorarbeit erfordere und die Neuaufstellung nicht mehr im Maßstab 1: 50.000 erfolgen würde. Dieses bedeute u.a. eine deutlich andere Auseinandersetzung z.B. mit Fragen der Siedlungsentwicklung.

Herr Kipphardt erinnert in diesem Zusammenhang an gemeinsame Workshops in der Vergangenheit zu verschiedenen Fragestellungen, die über das Gemeindegebiet hinausgingen. Er bedauert nochmals, dass Bottrop seinerzeit nicht dem RFNP Gebiet beigetreten ist und schlägt vor einen neuen Versuch zu starten. Er nennt in diesem Zusammenhang das Gemeinschaftsprojekt „Freiheit Emscher“, dass die Städte Essen und Bottrop gemeinsam durchführen.

Herr Köhler, CDU (Essen) ergänzt seinen Antrag um einen weiteren Prüfauftrag an die Verwaltung, die Termine des Planungsausschusses beim RVR im Sinne einer Harmonisierung an die vbA GFNP Termine zu koppeln.

Herr Kipphardt bittet das Gremium um Handzeichen und fasst zusammen, dass der Antrag so einstimmig angenommen sei und bedankt sich für ein gemeinsames Verständnis für die Positionierung.

Herr Grohé, DIE LINKE (Gelsenkirchen) führt aus, das Thema Regionale Kooperationen wird wichtiger werden, ein regionaler Konsens, z.B. in Klimafragen und zum Verkehr sei notwendig. Bestimmte Probleme lassen sich kommunal nicht mehr lösen.

Frau Mertens, CDU (Herne) bittet noch einmal um das Wort und erfragt, ob nicht dieses Gremium noch einen Beschluss herbeiführen könne?

Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum) gibt zu bedenken, dass die Entscheidung über eine Weiterführung des Gremiums letztlich durch die Räte der beteiligten Städte zu fällen sei und dies vor der Wahl nicht mehr möglich sei. Themen mit weitreichender Bedeutung sollten nicht mehr durch die scheidenden, sondern die neuen Räte entschieden werden. Darum sei – unabhängig von der Frage einer späteren Auflösung des Gremiums – nach der Wahl zunächst eine Neukonstituierung des vba GFNP erforderlich.

Das Ergebnis der Diskussion lässt sich wie folgt zusammenfassen:
Der vbA GFNP fordert die Verwaltung auf für die konstituierende Sitzung des Gremiums in der nächsten Kommunalwahl-Periode eine Vorlage zur Zukunft des vbA in zwei Szenarien auszuarbeiten:
1. die Einstellung des Gremiums und
2. die inhaltliche Anreicherung des Gremiums; in diesem Zusammenhang soll auch die Frage nach der zeitlichen Perspektive einer möglich Neuaufstellung des (G)FNP bearbeitet werden.
Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, die Termine des Planungsausschusses beim RVR im Sinne einer Harmonisierung mit den vbA GFNP Terminen zu prüfen.
Herr Kipphardt bedankt sich abschließend für die offenen Worte und das einvernehmliche Votum.

6. Berichtsvorlage zur 3. Änderung des LEP NRW: Stellungnahme der Planungsgemeinschaft der Städteregion Ruhr **004**
Referent: A. Borchardt, Stadt Bochum

Herr Borchardt (Stadt Bochum) erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Funktion des LEP NRW, den Anlass sowie das Verfahren zur 3. Änderung. Darüber hinaus referiert er einzelne Inhalte der gemeinsamen Stellungnahme der Planungsgemeinschaft. Die Wiederaufnahme verschiedener Ausnahmeregelungen, insbesondere zum Thema Siedlungsentwicklung, wird begrüßt.

Herr Borchardt erläutert die Bedarfsberechnung Wohnen und dessen Auswirkungen am Beispiel der Stadt Essen sowie die Bedarfsberechnung Gewerbe und dessen Auswirkungen am Beispiel der Stadt Bochum. Der Umgang mit der Wiedernutzung von Brachflächen sei im Ruhrgebiet erprobt, so dass dieser Grundsatz gestrichen werden könnte.
Die landwirtschaftlichen Kernzonen sollen zukünftig aufgenommen werden. Für den Bereich Einzelhandel handelt es sich eher um klarstellende Ausführungen, die begrüßt werden.
Für das Thema Freiflächen Fotovoltaikanlagen sollen Flächen bereitgestellt und Konzepte aufgestellt werden.

Herr Kerscht; GRÜNE (Essen) bedankt sich für die Erläuterungen. Zum Stichwort Brachflächen komme der Eindruck auf, dass die LEP Änderungen von Menschen gemacht wurden, die eher im ländlichen Raum leben. Die Grüne Fraktion ist der Verwaltung sehr dankbar für Stellungnahme und unterstützt diese umfänglich. Die Kommunen werden ermutigt ihre Position auch weiter gegenüber dem Land zu vertreten.

Herr Grohé, DIE LINKE (Gelsenkirchen): Zum Thema Brachflächen sollten die Kommunen einen „Mechanismus“ aktivieren, um Flächen zu entwickeln. Wünschenswert wäre in diesem Zusammenhang ein Grundstücksfond. Diese Diskussion scheint seitens des Landes NRW schwierig zu realisieren. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt ebenfalls deutlich die Stellungnahme der Planungsgemeinschaft.

Die Fraktion Bündnis 90 Grüne spricht ausdrücklichen Dank für die Stellungnahme der Planungsgemeinschaft aus.

Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7. Mitteilung der Verwaltung

- **Rechtswirksamkeit von Änderungsverfahren (Mitteilung):**
  55 BO (Dietrich-Benking-Straße)
  49 MH (Energiepark Styrumer Bogen)
  Referent: Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum)

Herr Dr. Bradtke (Stadt Bochum) teilt mit, dass die GFNP-Änderungsverfahren 55 BO (Dietrich-Benking-Straße) und 49 MH (Energiepark Styrumer Bogen) rechtswirksam sind.

Zu den beiden Mitteilungen gibt es weder Fragen noch Wortmeldungen.

Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

8. Anfragen

Es gibt keine Anfragen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 14:15 Uhr geschlossen.

B) Nicht öffentlicher Teil

./.

Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird um 14:15 Uhr geschlossen.

Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 7 sind als Anlage beigefügt bzw. stehen auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter http://www.staedteregion-ruhr-2030.de als Download bereit.

Herr Kipphardt bedankt sich noch einmal für die Zusammenarbeit in dieser Wahlperiode am Ende von 17 Jahren verfahrensbegleitender Ausschuss oder als Beginn eines Neuanfangs.

gez. Kipphardt	**gez. Mollen**
Ausschussvorsitzender	**Schriftführung**